

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **35 (1960)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Starker Anstieg des Wohnungsbaues in der Schweiz

Im ersten Halbjahr 1960 sind in den Ortschaften mit über 2000 Einwohnern insgesamt 17 397 Neubauwohnungen erstellt worden. Diese Zahl übersteigt das Vorjahresergebnis von 11 470 Wohnungen um gut die Hälfte. Gegenüber dem 1. Halbjahr 1958 hat sich die Zahl der neuerstellten Wohnungen fast verdoppelt. Damit ist der Rückgang der Wohnbautätigkeit, der durch die Kapitalverknappung des Jahres 1957 verursacht wurde und der 1958 einen besorgniserregenden Tiefstand erreichte, überwunden. Darüber hinaus übertrifft das Ergebnis 1960 alle Vorjahre und stellt einen neuen Rekord dar.

Auch ausländische Arbeiter sollen anständig wohnen

Die Kontrolle der Unterkünfte in gesundheits-, feuer- und baupolizeilicher Hinsicht ist Sache der Gemeinden. Die beteiligten Direktionen des Regierungsrates haben kürzlich die Gemeinden und die Arbeitgeber daran erinnert, daß gesundheitsschädliche und unwürdige Wohnstätten gegen die öffentliche Ordnung und gegen bestehende Gesetze verstoßen und daß sie bei den ausländischen Arbeitskräften so wenig geduldet werden können wie bei der schweizerischen Bevölkerung. Die Gemeindebehörden sind angewiesen, von den ihnen zustehenden polizeilichen Befugnissen Gebrauch zu machen. Wo sich auf ihre Veranlassung die Mißstände nicht anderweitig beseitigen lassen, sollen sie sich auch mit dem Arbeitgeber in Verbindung setzen und ihn auffordern, innert einer den Umständen angemessenen Frist für bessere Unterkünfte seiner Arbeitnehmer zu sorgen. Sollte auf diesem Wege eine ordnungsgemäße und dem Gesetz entsprechende Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte nicht zu erzielen sein, so haben die Gemeindebehörden der kantonalen Fremdenpolizei Meldung zu erstatten. In solchen Fällen muß sich die Polizeidirektion vorbehalten, als letzte Maßnahme diese besonderen Umstände bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an weitere ausländische Arbeitnehmer mitzuberechnen; fremdenpolizeiliches Eingreifen im Rahmen des gesetzlichen freien Ermessens wäre bei derartigen Verhältnissen unter dem polizeilichen Gesichtspunkt der öffentlichen Ordnung nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten.

(Aus der Antwort der Zürcher Regierung auf eine Interpellation)

Wohnunterkünfte für ausländische Arbeiter in Deutschland

Der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in seiner Sitzung vom 21. September 1960 beschlossen, aus dem Anlagevermögen der Bundesanstalt 100 Millionen DM zur Gewährung von Darlehen für den Bau von Wohnunterkünften für ausländische Arbeitskräfte bereitzustellen. Den Unternehmern, die bereits Ausländer beschäftigen oder künftig einstellen wollen, soll damit bei ihrer Verpflichtung, für die wohnliche Unterbringung dieser Arbeitskräfte zu sorgen, soweit notwendig eine gewisse Hilfe geleistet werden. Die Verpflichtung der Betriebe, Unterkünfte für die bei ihnen beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte bereitzustellen, ist in den mit verschiedenen Ländern getroffenen Anwerbevereinbarungen festgelegt. — Es sollen in ausreichender Zahl zumutbare, angemessene Wohngelegenheiten für die ausländischen Arbeitskräfte geschaffen werden.

Die große Binnenwanderung in Deutschland

Das Charakterbild des Bundesbürgers bleibe unvollständig, gedächte man nicht auch der Neigung zu lebhaftem Wechsel der Wohnung. Allein im vorigen Jahre sind 3,2 Millionen Bundesrepublikaner umgezogen. Seit 1950 dürfte die große Binnenwanderung rund 30 Millionen Menschen erfaßt haben, also, grob gesprochen, jeden zweiten Deutschen. Bedenkt man, wie schwierig es war und noch ist, sich in den Großstädten und Industriezentren, wohin die Wanderfreudigkeit häufig zielt, eine neue Heimstatt zu beschaffen, so gewinnt man eine eindrucksvolle Vorstellung vom Unternehmungsgeist der Gegenwart. Jeder Tapetenwechsel soll günstigere Verdienstmöglichkeiten, größeren Komfort und bessere Aussichten einbringen, auch um den Preis des Baukostenzuschusses, des Kampfes mit der Bürokratie und der Trennung von der Familie. Der aufs Dorf verschlagene Flüchtling strebt nach Wohn- und Arbeitsplätzen in den alten und neuen Industriegebieten, der Arbeiter und Angestellte sucht nach dem besseren Job an einem anderen Ort, der beengte Untermieter liquidiert sein Dasein als «möblierter Herr» und gründet einen eigenen Herd, die Randzonen der Städte finden baufreudigen Zuspruch. Vollbeschäftigung, soziale Umschichtungen, zunehmende Prosperität und der tiefeingewurzelte Drang nach dem Dickicht der Städte setzen die stille, binnendeutsche

Völkerwanderung in Gang, die in dem amerikanischen Nationallaster des nimmermüden Wohnungswechsels ein Vorbild hat. (Süddeutsche Zeitung)

Bäuerliche Wohnbauförderung in Österreich

Vor kurzem wurden von der niederösterreichischen Landesregierung 5,4 Millionen Schilling für die bäuerliche Wohnbauförderung vergeben. Mit dieser Summe können in 298 bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben moderne Wohnungen gebaut werden. Diese Aktion wurde vor fünf Jahren ins Leben gerufen. Seither wurden für diesen Zweck 92 Millionen Schilling aufgewendet und in 5211 Bauernhöfen moderne Wohnverhältnisse geschaffen. Die einzelnen bewilligten Darlehen betragen durchschnittlich 10 000 bis 20 000 Schilling. (Wohnbauforschung in Österreich)

Genossenschaftlicher Wohnungsbau in der Tschechoslowakei

Im Rahmen des dritten Fünfjahresplanes soll der genossenschaftliche Wohnungsbau ungefähr einen Viertel des gesamten Wohnungsbauprogrammes ausmachen. Die Wohnbaugenossenschaften haben die Aufgabe, die Preise der Wohnungseinheiten bis auf durchschnittlich 58 000 Kronen im Jahre 1965 zu senken, und sie sollen außerdem die aktive Anteilnahme der Bevölkerung an den Fragen zur Lösung des Wohnungsproblems fördern.

Gropius baut eine Stadt für 50 000 Einwohner

Im 78. Jahr seines Lebens baut Walter Gropius eine moderne Trabantenstadt Berlins. Auf dem Gelände der künftigen Großsiedlung Britz-Rudow wogen heute noch Getreidefelder. In zwei bis drei Jahren werden dort 50 000 Berliner wohnen und mit einer neuen Untergrundbahn zu ihren Arbeitsstätten nach Neukölln, Tempelhof und Mariendorf fahren. An den Bauplänen wird noch von dem Gropius-Architekten-Team gefeilt. Vorläufig bleiben sie noch geheim. Wie man sagt, handelt es sich um eine weitgestreckte Mischung von Hoch-, Mittel- und Niedrighäusern, einem Grüngürtel parallel neben der Hauptstraße und kleineren Grüngürteln mit Plätzen um Schulen, Ämter und Kinos, die den Bezirk der 22 000 Wohnungen weiter auflockern. (Die Welt)